



Amtsrichterverband

Am Dill 164

48163 Münster, 15.03.2013

vorstand@amtsrichterverband.de

Amtsrichterverband, Am Dill 164, 48163 Münster

An die Ministerpräsidentin
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Hannelore Kraft
Stadttor 1
40190 Düsseldorf

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

der Amtsrichterverband hat mit großer Sorge zur Kenntnis nehmen müssen, dass offensichtlich von der Landesregierung darüber nachgedacht wird, von den Beamten, Richtern und Staatsanwälten erneut ein weiteres Sonderopfer im Rahmen des Versuchs der Sanierung des Landeshaushalts zu verlangen.

Die Palette der Schreckensmeldungen reicht dabei von mehrjährigen Nullrunden bei Tarifierhöhungen, der kompletten Streichung des Weihnachtsgeldes über eine nochmalige Verlängerung der Wochenarbeitszeit bis zu massiven Einschnitten bei den Altersbezügen.

In den letzten Jahren sind die Beamten, Richter und Staatsanwälte in NRW durch einseitige Entscheidungen der Landesregierung zu einem erheblichen Beitrag zur Senkung der Staatsausgaben herangezogen worden. Erinnerung sei insoweit etwa an die Streichung des Urlaubsgeldes, die Kürzung des Weihnachtsgeldes, die Einführung einer Versorgungsrücklage durch teilweisen Verzicht auf Tarifierhöhungen, Restriktionen bei der Beihilfe, die Verlängerung der Wochenarbeitszeit und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Verband zur Förderung der Rechtspflege und der Unabhängigkeit von Richtern am Amtsgericht e. V.

Vorstand: Johannes Kirchhoff (Vorsitzender), Martin Klein (stellvertretender Vorsitzender), Christoph Schaust, Dietmar Wirsik

Geschäftsstelle: Am Dill 164, 48163 Münster

Internet: www.amtsrichterverband.de

E-Mail: vorstand@amtsrichterverband.de

Bei diesen Maßnahmen handelte es sich überwiegend um solche, die allein die Beamten, Richter und Staatsanwälte, nicht aber die Tarifbeschäftigten getroffen haben. Eine weitere einseitige Benachteiligung der Beamten, Richter und Staatsanwälte lehnen wir entschieden ab.

Die Richter im Land Nordrhein-Westfalen sind seit Jahrzehnten chronisch überlastet. Nur durch erheblichen überobligatorischen Einsatz machen sie es dennoch möglich, dass Gerichtsverfahren in NRW zügig und qualitativ hochwertig bearbeitet werden. Eine weitere Kürzung der Bezüge und Pensionsaussichten kann bei dieser Sachlage nur wie ein Ausdruck mangelnder Wertschätzung der geleisteten Arbeit wahrgenommen werden. Dieser wirkt umso gravierender, wenn gleichzeitig die Gehälter der Tarifangestellten des Landes erhöht werden.

Auch die mit einer Abkoppelung der Gehälter von der Einkommensentwicklung im Rest der Republik einhergehende Ungleichbehandlung der Richter in Nordrhein-Westfalen ist nicht hinzunehmen.

Wir erinnern an Ihre vor den Landtagswahlen gegebene Zusage, keine weiteren Einschnitte vorzunehmen. Wir zitieren die Antwort der SPD vom 09.03.2010 auf unsere Frage, ob weitere Einsparungen bei der Richterbesoldung geplant seien:

„Wir wollen die Sonderopfer beenden, die die schwarz-gelbe Landesregierung dem öffentlichen Dienst zugemutet hat: die nochmalige Kürzung der Sonderzuwendungen, die verzögerte Besoldungsanpassung im Jahr 2008 und die lückenhafte Übertragung des Tarifergebnisses im Jahr 2009. Im Ergebnis hat die Politik der schwarz-gelben Landesregierung innerhalb kürzester Zeit die Besoldung der Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung und von der Entwicklung im Tarifbereich tief greifend abgekoppelt.“

Es ist nunmehr an der Zeit, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen und so ein Signal für Redlichkeit und Verlässlichkeit im politischen Bereich zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Kirchhoff
Vorsitzender